

**Gastbeitrag.** Warum es höchste Zeit für den Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist. Das Nein füttert nur Anti-EU-Propaganda!

## Wollen wir eine zweigeteilte EU?

VON ILHAN KYUCHUK

Als jemand, der im Kommunismus aufgewachsen ist, erinnere ich mich daran, wie der Fall der Berliner Mauer für viele Osteuropäer zum Symbol für Freiheit und Einheit wurde. Mit dem Beitritt zur Nato und der EU ging ein lang ersehnter Traum in Erfüllung: endlich mit Europa vereint zu sein. Aber der Ausschluss gewisser Mitgliedstaaten vom Schengener Abkommen untergräbt die Grundprinzipien der EU und erklärt einige EU-Bürger zu Bürgern zweiter Klasse.

Ein Vorbehalt, der oft angeführt wird, ist die Furcht, dass Staatsbürger der neuen Mitgliedstaaten die Sozialsysteme anderer Mitgliedstaaten ausnutzen. Dabei handelt es sich um Einzelfälle und nicht um die breite Gesellschaft. Der gesetzliche Rahmen, um Missbrauch zu verhindern, soll und muss geschaffen werden.

Ein weiteres Argument gegen den Schengen-Beitritt ist, dass in dicht besiedelten Regionen das Problem leistbaren Wohnens verschärft würde. Hier gilt es festzuhalten, dass Schengen die Personen- und Arbeitnehmerfreizügigkeit erlaubt und nicht für Massenumstreuungen steht.

Jüngste Abstimmungen im Europäischen Parlament unterstreichen die Dringlichkeit des Themas. Mit überwältigender Mehrheit haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments für einen Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens bis Ende 2023 gestimmt. Beide Staaten erfüllen seit Jahren die erforderlichen Kriterien, und wir verstehen die Entscheidung mancher Länder nicht, einen Beitritt ohne jegliche gesetzliche Begründung abzulehnen. Dieser Ausschluss ist nicht nur symbolisch – er bedeutet auch reale Kosten für Unternehmen und EU-Bürger und befürchtet soziale und wirtschaftliche Ungleichheit.

Reisen und Handel können beispielsweise stunden-, aber auch tagelang unterbrochen werden, während die Wartezeit im Schengen-Raum durchschnittlich zehn Minuten beträgt. Das

wirkt sich auf den Lebensunterhalt von Fernkraftfahrern negativ aus und erhöht den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um unglaubliche 46.000 Tonnen pro Jahr. Um ehrlich zu sein: Dieser Ausschluss füttert doch nur Anti-EU-Propaganda.

Es gibt berechtigte Fragen, ob bestimmte Länder ihre Grenzen effektiv managen können, besonders wenn es um Asylwerber geht und den Kampf gegen Korruption. Aber diese Fragen betreffen nicht nur ein, zwei Länder. An den bisherigen Migrationszahlen sehen wir, dass kein Land allein damit fertig werden kann.

### Gemeinsamer Grenzschutz

Die gute Nachricht aber ist: Europa verfügt hier über Expertise, zu helfen. Bei der Kooperation und Zusammenführung in Sachen Grenzschutz können wir unsere Bereitschaft erhöhen – überall dort, wo die EU Außengrenzen hat. Mehr Trainings, gemeinsame Technologien und gemeinsame Operationen können die Kapazitäten wesentlich erhöhen. Hier geht es nicht nur um Lücken bei der Durchführung, sondern auch darum, ein gemeinsames Instrument im Kampf gegen Korruption und Schmuggel zu haben – Probleme, die nicht nur Bulgarien oder Rumänien haben, sondern europaweit vorkommen.

Schengen ist übrigens nicht nur ein politisches Thema, es ist auch ein menschliches. Es geht um Studierende, die im Ausland studieren wollen, Unternehmer oder Arbeitnehmer, die neue Möglichkeiten suchen, und um Familien, die frei reisen wollen. Die Frage ist, ob wir eine zweigeteilte EU wollen oder eine geeinte Gesellschaft. Die Grundprinzipien der EU – Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit – rufen uns zum Handeln auf.

Die Zeit läuft. Wir sind es uns selbst und zukünftigen Generationen schuldig, dass das europäische Versprechen für Freiheit und Einheit für alle gilt.

Ilhan Kyuchuk (\*1985) ist ein bulgarischer Politiker und Mitglied des Europäischen Parlaments. E-Mails an: debatte@diepresse.com

STELLEN WIR DOCH  
DAS LUEGER-DENKMAL  
AUF DEN HITZERBALKON



## Wer hat Angst vor der eigenen Geschichte?

**Gastkommentar.** Der Umgang mit Hitlers Geburtshaus steht exemplarisch für den derzeit grassierenden geschichtspolitischen Dilettantismus.

VON DIRK RUPNOW

Die Erinnerungskulturelle Sommerpause endet dieses Jahr mit zwei Filmen. Im Herzen Wiens und der Republik – die Freiheitlichen Provinz, an der Grenze zu Deutschland hat sich Günter Schwaiger fünf Jahre lang mit dem Umgang mit Hitlers Geburtshaus in Braunau am Inn beschäftigt und ihr filmisch dokumentiert. „Wer hat Angst vor Braunau?“ wurde fast zeitgleich mit dem zweiminütigen Werbevideo der FPÖ-Jugend präsentiert. Schwaiger lässt zunächst einmal Menschen aus Braunau zu Wort kommen, wie sie (erstaunlich entspannt) mit dem Ort umgehen, der von vielen Österreichern und der Welt als die Einbruchsstelle des absolut Bösen stilisiert wird, obwohl der kleine Adolf hier nur die ersten drei Jahre seines Lebens verbrachte. Er erfuhr hier nicht seine ideologische und politische Prägung, hier wurden keine Entscheidungen gefällt und keine Verbrechen begangen. Historisch eigentlich ein vollkommen unbedeutender Ort.

Doch über das Haus wird seit der Enteignung durch die Republik 2016 nicht in Braunau selbst, sondern im fernen Wien entschieden: Im zuständigen Innenministerium kam man auf die Idee (irritierend: nach Beratung durch eine Expertenkommission), seine Bedeutung „neutralisieren“ zu wollen, durch einen Architektenwettbewerb die Fassade umgestalten zu lassen und eine Polizeistation dort anzusiedeln. Mehr geschichtspolitischer Unsinn geht nicht. Die Zeiten, in denen man so getan hat, als wäre nichts gewesen, sollten vorbei sein.

Einen

Wiedererkennungswert hat das Haus überhaupt nicht, die Symbolkraft des Ortes kann für Ewiggestrig und neue Nazis, die auch im Film am 20. April Kränze ablegen oder Kerzen deponieren, so oder so nicht zerstört werden, der europaweite Architektenwettbewerb erhöhte die Aufmerksamkeit nur noch und die österreichische Polizei mit ihrer unauf-

DER AUTOR:



Dirk Rupnow (\*1972) ist Professor am Institut für Zeitgeschichte der Uni Innsbruck und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Demnächst erscheint der von ihm mitherausgebandete „Verstörte Orte. Zum Umgang mit NS-kontaminierten Gebäuden“ (Mandlbaum).

E-Mails an: debatte@diepresse.com

## PIZZICATO

### Tante Käthe und die Provinz

Groß ist die Euphorie um „Tante Käthe“, und die deutschen Fußbalffans besetzen und grammatisch inkorrekt: „Es gibt nur ein Rudi Völler.“ Das kann der kurzzeitige Retter der Fußballdnung längst nicht mehr hören, wohl aber seinen Kosename, den ihm Ex-Mitspieler Thomas Berthold verpasst hat. Wegen seiner krausen weißen Haare erinnerte Völler ihn an Tante Käthe.

Was wäre Deutschland ohne seine Provinz? Ohne den Hessen Völler oder seinen Landsmann Johann Adam Birkenstein, den Schuhmacher, dessen Firma mit heutigem Sitz in Linz am Rhein demnächst an die Börse geht – und das gleich an der Wall Street. Kunststück, hat doch „Barbie“ die Gesundheitspatschen in Pink zum Kult erhoben. Steve Jobs hat die klobigen Jesus-Latschen in Hipsterkreisen an der US-Westküste „salonfähig“ gemacht, Frances McDormand trug die maßgeschneiderten Sandalen gar zur Oscar-Gala. Und selbst Leonardo DiCaprio, dessen Mutter, Imelin, aus Oer-Erkenschwick stammt – nördlich des deutschen Fußball-Mekkas Dortmund, wo das jüngste deutsche Fußballwunder seinen Ausgang genommen hat –, streift das Schuhwerk zuweilen über.

Und was wären die Kicker ohne die Stiefel der verfeindeten Brüder Dassler aus dem fränkischen Herzogenaurach, wo „Lodda“ Matthäus seine ersten Fußballschuhe zerriss? (vier)

E-Mails an: thomas.vieregg@diepresse.com

## LESERPOST

**Leserbriefe bitte an:**  
Die Presse, Hainburger Straße 33,  
A-1030 Wien oder an  
leserbriefe@diepresse.com

### Des Kaisers neue Kleider

„Kneissl bezeichnet Österreichs Umgang mit Russland als schizophonen“, von Jutta Sommerbauer und Duygu Özkan, 13.9.

Kneissl meint, dass sich Österreich im Umgang mit Russland schizophonen verhalte. Und weiterhin russisches Gas zu beziehen, sei zwar moralisch unangenehm, aber offensichtlich alternativlos, um Österreichs Energiesicherheit zu gewährleisten.

Sie spielt mit ihrer Bewertung eine ähnliche Rolle wie das Kind im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“, indem sie etwas ausspricht, was allen Beteiligten zwar bewusst ist, aber man nicht sagen darf. Ihr Problem ist, dass sie halt kein Kind ist und daher die Reaktionen eher

unfreundlich ausfallen. Was nicht sein darf, das darf nicht sein.

Toni Matosic, 1130 Wien

### Objektiv und klug

„Nicht der Volkszorn, das Gericht bestimmt das Strafmaß“. Quergedächtnis von A. Schurian, 12.9. Ihre Kolumnen begeistern mich immer, aber diesmal haben Sie in der ganzen Debatte um den Fall Teichtmeister dermaßen die richtigen Worte gefunden, dass ich Ihnen schreiben muss! Danke für diese objektive und kluge Beschreibung der Umstände und Hintergründe!

Eva Bertsch, 4020 Linz

### Weltgeschichtliche Wende oder feige Unterwerfung?

„Woher wissen nicht, dass sie reaktionär sind?“ Interview mit Susan Neiman von Karl Gaulhofer, 11.9. Als philosophische Väter der fatalen „Wokeness“ („Wachheit“), durch die mündigen Menschen ein Denk- und Sprechverbot auferlegt wird, führt die amerikanische Phi-

losophin Neiman Foucault und Schmitt an, vergisst jedoch den nahe liegenden Oswald Spengler mit seinem *Untergang des Abendlandes* (1918). Das Buch, wie so vieles zum längst abgesunkenen Kulturgut geworden, ist erinnernswert in Zeiten der „Wokeness“. Es prophezeite nämlich, dass sich die „Fortschritte“ der Aufklärung in einem dekadenten Untergangsgeschehen verwandeln und dass bisher an den Rand gedrängte Weltkulturen an die Stelle des „Westens“ treten werden. Einiges deutet darauf hin, dass dieser Punkt bald erreicht sein könnte.

Ich zweifle jedoch, ob das Treffen indischer, chinesischer, südamerikanischer, arabischer, afrikanischer, nordvietnamesischer und türkischer Verhandler mit einem Politiker, der einen blutigen Eroberungskrieg wie im 19. Jahrhundert angezettelt hat, ein erstes Zeichen dieser weltgeschichtlichen Wende ist. Es schaut eher nach einer feigen Unterwerfung unter ein Land aus, das sich als weltfächengrößtes Denker und der Andro-

hung von Atomwaffen geopolitische Vorteile herbeibompt.

Dr. Franz Zeder, 8430 Leibnitz

### Erinnern Sie sich an die erste Kreisky-Regierung?

„Liebe SPÖ, so wird das nichts mit dem Einzug ins Kanzleramt“, Quergedächtnis von R. Schwager, 13.9. „Fehlende Abgrenzung zum rechten Rand“ könnte man der SPÖ „guten Gewissens“ nicht vorwerfen, „jedenfalls nicht in den vergangenen paar Jahrzehnten“, findet Rosemarie Schwager.

Es darf aber daran erinnert werden, dass der ersten Kreisky-Regierung nicht weniger als fünf frühere NSDAP-Mitglieder, unter ihnen ein Napoli-Lehrer, angehörten, dass Kreisky selbst sich vehement dafür einsetzte, Friedrich Peter, Ex-Kämpfer in einer SS-Mordbrigade, zum Dritten Nationalratspräsidenten zu machen (es kam dann – dank Wiesenthal – nicht dazu), dass Simon, der einzige, der einen blutigen Eroberungskrieg wie im 19. Jahrhundert angezettelt hat, ein erstes Zeichen dieser weltgeschichtlichen Wende ist. Es schaut eher nach einer feigen Unterwerfung unter ein Land aus, das sich als weltfächengrößtes Denker und der Andro-

gen, Verbesserungen und Aktionen zum Wohle Österreichs setzen und durchführen. Ein Punkt im Leitartikel von Jakob Zirm über die wesentlich höhere Abgabengquote in Österreich gehört öffentlich thematisiert, um eine ehrliche Antwort zu finden. Werden wir schlechter verwalten? Oder ist es so ähnlich wie bei Lebensmittel und sonstigen Dingen, die in Deutschland um einiges billiger sind als bei uns. Eine schlüssige und zufriedenstellende Antwort wird es wohl nie geben.

Ing. Harald Appenheimer, 4048 Puchenau

### Werdend wir schlechter verwaltet?

„Was kann die Schweiz besser als Österreich?“, von Susanne Bickel, & „Ein bisschen weniger Schmäh, ein bisschen mehr Askese“, LA von Jakob Zirm, 13.9. Sie bringen sehr gute Vergleiche zwischen der Schweiz und Österreich, die nachdenklich stimmen und bei denen alle Landsleute sicherlich einen Erklärungsbedarf suchen. Es sollten alle Politiker und Entscheidungsträger diese Zeilen aufmerksam lesen und Anregungen

weil bisheriges treues Stammpublikum immer mehr wegfällt, ohne neues Publikum dauerhaft zu ersetzen. Andererseits ist es aber auch Betrug am Kunden: Wenn ich einen Ibsen oder Schiller oder sonst einen sog. Klassiker sehen will, möchte ich nicht ein derart verändertes Stück sehen, dass höchstens nur „frei nach Ibsen“ bezeichnet ist. Wenn Mono- oder Dialoge anderer Schriftsteller einfach eingebaut werden, wenn die Stücke einen anderen Inhalt (z. B. Ende) erfahren, so ist das Betrug. Wenn ich in einem Restaurant ein Schnitzel bestellen und dann ein Guacamole bekommen, ist das auch Betrug. Wenn ein Theaterdirektor eine aktuelle Zeitkritik auf die Bühne bringen will, so steht es ihm doch frei, ein Stück in Auftrag zu geben und dieses auch so anzukündigen.

Aber einen Ibsen oder Schiller oder anderen Schriftsteller so zu vergewaltigen, dass das Original kaum noch erkennbar ist, ist Betrug am Kunden! Dafür müsste – weil nicht ausdrücklich darauf hingewiesen oder davor gewarnt wurde –

der Eintrittspreis zurückgezahlt werden, genauso, wie ich auch ein nicht bestelltes Glas nicht zahle. Ergänzend sei noch erwähnt, dass ich noch nie in einem „modernen“ Stück etwa von Elfriede Jelinek oder Thomas Kock Zitate von Goethe oder Shakespeare oder andere inhaltliche Entstellungen erleben durfte. Offenbar fürchtet man da die (berechtigte) Kritik der noch lebenden Dramatiker.

Mag. Alexander Maksimovic, 1050 Wien

### IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
Twitter: @media\_wall  
Online: Stefanie Kompatscher  
E-Mail: debatte@diepresse.com  
Redaktion Leserbriefe:  
Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
E-Mail: leserbriebe@diepresse.com  
Debatte Online: diepresse.com/reinigung  
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

## QUERGESCHRIEBEN

von CHRISTIAN ORTNER



## Die dümmste ökonomische Theorie und ihre Folgen

Die Annahme, Staaten könnten sich grenzenlos verschulden, ist angesichts steigender Zinsen so plausibel wie jene, man könne sich beliebig oft in den Kopf schießen.

Es ist noch gar nicht lang her, dass eine neue ökonomische Theorie über die Frage, wie viele Schulden ein Staat eigentlich machen kann, weit über die Fachwelt hinaus für Furore sorgte. Diese Theorie, „Modern Monetary Theory (MMT)“, genannt, behauptet, grob zusammengefasst, dass Staaten grundsätzlich so viele Schulden aufnehmen können, wie sie für notwendig erachten, weil sie ja auch so viel Geld drucken können, wie sie wollen.

Für all jene Politiker und Kommentatoren, die schon immer gemeint haben, sparsame Budgets seien des Teufels und nur staatlicher Konsum auf Pump, je mehr, desto besser, sei tugendhaftes Verhalten, war diese neue ökonomische Theorie gleichsam ein Geschenk des Himmels. Denn die Politik der Wählerbestechung auf Pump und zulasten kommender Generationen könnte sich nun mit der Aura des Wissenschaftlichen schmücken; die US-Ökonomin Stephanie Kelton, die lauteste Propagandistin der MMT, wurde als eine Art It-Girl und Chef-Influencerin eine Zeit lang von Kongress zu Kongress und von TV-Auftritt zu TV-Auftritt weitergereicht.

Vermutlich ist keine andere wissenschaftliche Theorie so schnell und vollständig kollabiert wie die „Modern Monetary Theory“. Seit weltweit gewaltige Schuldengewölbe geworden sind, muss auch dem schlichtesten Gemüt klar geworden sein, dass die Annahme, Staaten könnten sich unbegrenzt verschulden, so halbtar ist wie die Theorie, Menschen könnten sich unbegrenzt oft mit einer Glock in den Schädel schießen. Nicht zufällig genießt die MMT heute unter vernünftigen Ökonomen ungefähr so viel Ansehen wie Bach-Blütentherapie unter Onkologen.

Damit hat sich das Problem leider nicht erledigt. Jeni Schulden, die sowohl die USA als auch die meisten EU-Staaten nicht nur, aber eben auch unter dem Einfluss dieser Voodoo-Theorie in den letzten Jahren aufgenommen haben, werden

sich in der näheren Zukunft noch zu einem veritablen Problem entwickeln, für das noch niemand eine Lösung hat.

Angesichts stark gestiegener Zinsen, die wahrscheinlich noch auf längere Zeit bleiben werden, steigt auch die Belastung der Staatshaushalte ganz massiv an, für Zinsen wird ein Vielfaches des in der jüngsten Vergangenheitüblichen aufgewendet werden müssen.

Wenn dazu noch die gewaltigen Kosten der Klimapolitik, der notwendig gewordenen Aufrüstung der Streitkräfte, der völlig entgleisten Migrationspolitik und der Vergreisung unserer Volkswirtschaften zu berücksichtigen sind, dürfte Finanzminister in der mittleren Zukunft kein erstrebenswerter Job sein. Denn schreibt man die rauchenden Trümmer der kollabierten „Modern Monetary Theory“ zur Seite, werden zwei denkbare Auswege sichtbar.

Der eine ist die Rückkehr zu staatlicher Sparsamkeit, die so lang Überschüsse bewirkt, bis der Schuldenstand auf ein erträgliches Maß reduziert ist. Das heißt aber Rückbau staatlicher Leistungen, was in unseren Demokratien mit garantierter Komfortzone politisch nicht durchsetzbar sein dürfte. Die Alternative, spürbare Steuererhöhungen, bremsen das Wachstum und sind auch nicht besonders zu empfehlen.

Die andere, wesentlich elegantere Möglichkeit wäre starkes Wachstum, das die Schulden gleichsam automatisch schmelzen lässt, wie es etwa in Europa und den USA nach 1945 der Fall war. Leider ist weit und breit nichts davon zu sehen, in Deutschland und Österreich schrumpft die Wirtschaft sogar.